

TOP. 1.) Präsentation Projekt „Lokale Agenda 21“ durch SPES Zukunftsakademie.

Bgm. Scheuringer begrüßt Hr. Zebisch von der SPES Zukunftsakademie und ersucht um den Vortrag.

Herr DI Roman Zebisch von SPES Zukunftsakademie präsentiert den Inhalt der „Lokalen Agenda 21“. Sie bedeutet „Entwicklung vor Ort“. In einem Agenda 21-Prozess erarbeiten Gemeinden und Regionen mit Bürgerinnen und Bürgern ihren eigenständigen Weg in Richtung Lebensqualität und Nachhaltigkeit – eine Zukunftsperspektive, die über kurzfristige Planungshorizonte und einzelne Sachthemen hinausgeht. Bei der lokalen Agenda 21 können alle mitreden, mitarbeiten und mitgestalten, damit sich auch wirklich etwas ändert in der jeweiligen Gemeinde. Parteipolitik spielt dabei keine Rolle. Es geht darum, gemeinsam etwas für die Gemeinde zu bewegen. Im Mittelpunkt steht die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der Lebensräume. Die Agenda 21 will den Dialog der Bürger/innen untereinander stärken. Sie will Menschen aktiv einbinden und ein Zukunftsprofil mit konkreten Maßnahmen entwerfen.

Kosten Begleitungsprozess je Gemeinde € 19.500,- (MWSt-befreit), davon 75 % Fördermittel; Rest sind Kosten für Gemeinde € 2.400,- pro Jahr (Restkosten aufgeteilt auf 2 Jahre). Empfehlung: Pool € 3.900,- schaffen, Gesamtkosten als 23.400,-; max. Förderung des Landes beträgt € 17.500,-.

In der folgenden Diskussion beantwortet Hr. Zebisch noch folgende Fragen:

In OÖ. gibt es aktuell schon 132 Gemeinden im Netzwerk; jeweils zwei Personen betreuen eine Gemeinde, sechs Mitarbeiter sind von SPES in diesem Bereich tätig. Momentan sind die Gemeinden St. Aegidi, Straß im Attergau, Hohenzell, Hirschbach, Leopoldschlag im Begleitprozess; aufgrund guter Vorbereitung sollen die Personen der vorhergehenden Prozesse (Dorferneuerung) dort abgeholt werden, wo sie derzeit stehen. Er glaubt, dass er diese Personen nicht vergrämt. Eine Befragung ist ein zusätzliches Instrument und kostet zusätzlich rund € 7.000,- (z.B. Hohenzell). Im Kernteam braucht man eigentlich nur einen Kernteamleiter. Diese Arbeit ist überschaubar. Vom Gemeindeamt werden keine Schreibkräfte oder anderweitige Mitarbeiter benötigt, diese Arbeiten von SPES erledigt.

Die Bürgermeisterin bedankt sich für die Berichterstattung.

GR. Schroll trifft ein.

TOP. 2.) Prüfbericht Rechnungsabschluss 2012.

Die Bürgermeisterin gibt den Prüfbericht vollinhaltlich bekannt:

Prüfungsbericht zum Rechnungsabschluss 2012 der Marktgemeinde Riedau

Eine Gebarungsprüfung fand bei der Marktgemeinde zuletzt im Jahr 2006 statt. Für das Jahr 2013 ist eine neuerliche Gebarungsprüfung geplant.

Ordentlicher Haushalt

Wirtschaftliche Situation

Der ordentliche Haushalt des Jahres 2012 schließt mit einem **Soll-Fehlbetrag von € 193.741,43** ab. Inkludiert ist dabei der nicht durch BZ-Mittel bedeckte Abgang 2011 iHv rd. € 30.000.

Die bereinigten Ergebnisse (ohne Vorjahresabgänge und deren Bedeckung) stellen sich für 2012 und das Vergleichsjahr 2011 wie folgt dar:

	RA 2011	RA 2012
Soll-Ergebnis lfd. Jahr	- 158.673,94	- 193.741,43
übernommener Fehlbetrag Vorjahr	+ 243.400,01	+ 158.673,94
BZ-Mittel für Haushaltsausgleich	- 219.000,00	- 128.500,00

bereinigtes Jahresergebnis**- 134.273,93****- 163.567,49**

Der bereinigte Abgang 2012 stieg somit gegenüber jenem des Jahres 2011 um ca. € 29.000. Die markantesten Veränderungen (\geq € 10.000) betreffen nachstehende Ansätze bzw. Bereiche:

Ansätze	Mehreinnahmen Minderausgaben	Mindereinnahmen Meherausgaben
Grundsteuer	53.000	
Ertragsanteile	39.000	
1/612/728 Wegfall Planungskosten Straßenbau	10.000	
Hauptschule öffentl. Abgaben - Aufrollung Grundsteuer		34.000
Abgangsdeckung Kindergarten - Umstellung Pfarrcaritas		31.000
Personalaufwand (vorw. Pensionsbeitrag)		26.100
Kommunalsteuer		15.000
Pramtalsaal		13.000
Instandhaltungen		13.000
Volksschule Öffentl. Abgaben - Aufrollung Grundsteuer		12.000
Bgm. Pensionsbeiträge		11.000

Das die Marktgemeinde trotz ihrer guten Positionierung punkto Finanzkraft keinen Defizitabbau bewerkstelligen konnte, resultiert einerseits daraus, dass der Zuwachs bei den Ertragsanteilen im Vorjahr mit knapp € 40.000 bescheiden ausfiel und zudem auch die Kommunalsteuer um rd. € 15.000 sank, und andererseits aber die unvermeidbaren Ausgabensteigerungen, insbesondere bei der Abgangsdeckung des (Pfarr-)Caritaskindergartens, deutlich den geringen Netto-Steuerkraftzuwachs überstieg.

Die Aufrollung der Grundsteuer ab 2008 für die Volks- und Hauptschule erbrachte zwar einen erfreulichen Steuerzugang, musste allerdings im Verrechnungswege ausgabenseitig wieder der Schulerhaltung als Abgabe angelastet werden.

Die Haushaltskonsolidierung der Marktgemeinde wird aber auch langfristig erschwert durch den beachtlichen Gesamtschuldendienst, die Leasingverpflichtungen und auch durch die enormen betrieblichen Fehlbeträge, vorwiegend beim Kindergarten sowie Freibad.

Im Vergleich zum Voranschlag 2012 mit einem Defizit im ordentlichen Haushalt von rd. € 328.000 hat sich das tatsächliche Defizit allerdings spürbar reduziert.

Zur Bedeckung des Abgangs 2012 hat die Gemeinde beim Amt der oö. Landesregierung bereits einen Antrag auf die Gewährung von BZ-Mitteln eingereicht.

In der nachfolgenden Tabelle werden die Entwicklung der Haushaltsdefizite seit dem Jahr 2006 (erstmaliger Abgang o. H.) und die im Rahmen der Abgangsdeckung gewährten BZ-Mittel dargestellt:

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Haushaltsdefizit	309.014	271.130	237.819	313.746	243.400	158.674	193.741
BZ-Bedeckung	155.000	203.000	237.000	300.000	219.000	128.500	---
Bedeckungsgrad	50 %	75 %	100 %	100 %	100 %	100 %	

Wir weisen darauf hin, dass zukünftig im Rahmen der Bedeckung von Haushaltsabgängen nicht anerkannte Ausgaben direkt mit dem jeweils zuständigen Herrn Gemeindeferenten im Zuge von Vorspracheterminen abzuklären sind (s. auch VA - Erlass 2013).

Investitionsaufwendungen

Das Investitionsvolumen im ord. Haushalt bezifferte sich im Jahr 2012 auf rd. € 14.400 und betraf nachstehende Positionen:

Investitionen HH-Ansatz	ca. €	Anmerkungen	Netto- Belastung
1/0100/010	4.800	Glasfaseranschluss (2.TZ)	0
1/0100/042	2.014	Anschaffung neuer PC's	2.014
1/3810/043	4.134	Ersatzbeschaffung Geschirrspüler Pramtalsaal; s. Erl. IKD(Gem)-311307/517-2012-Mad v. 27.11.12	0
1/6170/030	822	Werkzeugankauf	822
1/8500/004	2.061	Investition Wasserversorgung gänzlich durch Anschlussgebühr bedeckt	0
1/8510/004	562	Investition Abwasserbeseitigung gänzlich durch Anschlussgebühr bedeckt	0

Die Netto-Belastung beträgt nach Abzug aller Ersätze in Summe ca. € 2.800 , womit die erlaubte Maximalgrenze von € 5.000 unterschritten wird.

Instandhaltungsaufwendungen

Für Maßnahmen der Instandhaltung wurden im Jahr 2012 Mittel iHv insgesamt rd. € 145.800 aufgewendet, die damit um € 13.300 über dem Volumen des Jahres 2011, aber deutlich unter dem Durchschnitt der Jahre 2007 - 2011 von rd. € 201.000 zu liegen kamen.

Ordentliche Anteilsbeiträge für ao. Vorhaben

Aus allgemeinen Mitteln des o. H. wurden insgesamt rd. € 6.742 an ao. Vorhaben zu deren Ausfinanzierung zugeführt (€ 4.188 Kinderspielplatz; € 2.540 Sanierung Freibad; € 14 Wohnhaus-sanierung).

Die übrigen Zuführungen an den ao. H. iHv ca. € 133.116 stellen ausschließlich zweckgebundene Interessenten- und Aufschließungsbeiträge dar.

Freiwillige Ausgaben

Die freiwilligen Förderungen ohne Sachzwang bewegten sich im Jahr 2012 innerhalb des aufsichtsbehördlichen Höchstrahmens von max. € 15 pro Einwohner.

Auch die Repräsentations- und Verfügungsmittel lagen im Jahr 2012 innerhalb der zulässigen Limits. Betriebsförderungen hat die Gemeinde im Jahr 2012 nicht gewährt.

Feuerwehraufwand

Die laufenden Feuerwehraufwendungen bewegten sich mit rd. € 12 je Einwohner erfreulicherweise unter dem bezirksweiten Durchschnitt des Jahres 2012.

Rücklagen

Mit Jahresende 2012 verfügte die Marktgemeinde über keine Rücklagen.

Steuer- und Gebührenrückstände

Die Rückstände bei den Gemeindesteuern bzw. -abgaben bezifferten sich mit Jahresende 2012 bei einem Gesamtjahresaufkommen von knapp € 870.000 auf rd. € 18.000 und bewegten sich damit auf moderatem Niveau. Rd. die Hälfte der offenen Forderungen entfällt auf Kommunalsteuerrückstände zweier Betriebe, die jedoch bereits vereinnahmt werden konnten.

Kassenkredit

Der Kassenbestand wies mit Ende 2012 ein Minus von rd. € 103.300 auf, das ausschließlich der fehlenden Liquidität im ordentlichen Haushalt zuzuschreiben ist.

Den mit einem Höchststrahmen von rd. € 543.000 festgesetzten Kassenkredit musste die Markt-gemeinde während des Jahres 2012 durchschnittlich zu etwa 44 % in Anspruch nehmen. Bei einem durchschnittlich Zinssatz von ca. 1,23 % (3-Monats-Euribor + 0,49 %) bezifferte sich die Zinsbelastung auf rd. € 2.996 (anerkannter Zinsrahmen etwa € 6.700).

Die Zinsbelastung durch den nicht anerkannten Abgang 2011 von rd. € 24.000 lag bei knapp € 400, eine solche durch unzulässige Vorfinanzierungen war nicht gegeben.

Die im laufenden Jahr vereinbarte Zinskondition (3-Monats-Euribor + 0,85 %) liegt neuerlich auf akzeptablem Niveau.

Darlehen

Der die Marktgemeinde belastende Schuldenstand bezifferte sich mit Ende 2012 auf knapp € 1,4 Mio. und stieg damit gegenüber 2011 um rd. € 24.000.

Die vereinbarten Zinskonditionen bewegen sich auf marktkonformen Niveau.

Der Netto-Schuldendienst (bereits abzüglich der Schuldendienstsätze von ca. € 8.400) betrug 2012 rd. € 83.200, d. s. ca. 2,3 % der ordentlichen Jahreseinnahmen.

Bei Hinzurechnung der anteiligen RHV - Annuitäten von rd. € 118.000 erhöht sich die Schuldenbelastung auf rd. € 201.000 bzw. ca. 5,6 % der Einnahmen des o. H..

Die für Abgangsgemeinden aufsichtsbehördlich geforderte Darlehensoptimierung im Bereich des Siedlungswasserbaus hat die Gemeinde bereits umgesetzt.

Auch die erstmalige teilweise Abschreibung der die Gemeinden nicht belastenden Investitions-darlehen/LZ erfolgte im Einklang mit den diesbezüglichen Erlässen IKD(Gem)-300030/335 und 338-2012 vom 2.8. und 3.12.2012.

Leasing

Der Marktgemeinde erwachsen aus Leasingverpflichtungen durch die Sanierung und Erweiterung der Volks- und Hauptschule alljährlich Ratenzahlungen iHv von knapp € 103.000. Diese budgetäre Belastung wird sich noch bis 2022 erstrecken.

Haftungen

Haftungen bestanden mit Jahresende 2012 iHv insgesamt rd. € 2,010 Mio. ausschließlich für Darlehen des RHV Mittleres Pramtal. Das Haftungsvolumen entspricht dem tatsächlichen Darlehensbestand.

Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen (inkl. der Pensionsleistungen) bezifferten sich im Jahr 2012 auf rd. € 762.700, d. s. ca. 21,20 % der ordentlichen Jahreseinnahmen. Gegenüber dem Jahr 2011 errechnet sich eine Belastungssteigerung im Ausmaß von netto rd. € 26.100.

Der Dienstpostenplan 2013 weicht gegenüber der zuletzt am 25.5.2011, GZ. IKD(Gem)-210307/38-2011-Pm, ergangenen aufsichtsbehördlichen Genehmigung nur minimal ab. Der Dienstposten des Badewärterers wurde von GD 19 auf GD 21 abgeändert.

Öffentliche Einrichtungen - Gebührenhaushalt

Die betrieblichen Einrichtungen schlossen im Vorjahr mit nachstehenden Salden ab:

Einrichtung	Überschuss	Abgang
Schülerausspeisung		15.616,42
Kindergarten (Caritas)		124.306,11
Schülerhort (Caritas)		26.727,74

Abfallabfuhr	11.054,67	
Wasserversorgung		40.160,41
Abwasserbeseitigung	99.363,36	
Freibad		94.474,07

Im Gebührenbereich werden die aufsichtsbehördlichen Vorgaben für Abgangsgemeinden gänzlich erfüllt.

Außerordentlicher Haushalt

Der ao. Haushalt schließt mit einem **Gesamtüberschuss von € 67.740,87** ab, der aus nachstehenden Einzelsalden resultiert:

Vorhaben	Überschuss	Abgang
Straßenbau Siedlungsgebiete	51.008,89	
Umbauarbeiten der L513		36.451,77
WVA - Drucksteigerung / Löschwasserbeh. Berg	7.010,56	
ABA - Erschließungsgebiet II - Pomedt	1.047,81	
Kanalsanierung	45.125,38	
Summe	104.192,64	36.451,77
Saldo / Überschuss	67.740,87	

Anmerkungen

Umbauarbeiten der L513: Die Bedeckung des Abganges ist im Rahmen der genehmigten Finanzierungsdarstellung vom 31.8.2011 durch die in den Jahre 2013 und 2014 vorgemerkten BZ und LZ gesichert.

GR. Ruhmaseder stellt die Frage, was mit den Fehlbeträgen ist, die nicht mittels BZ-Mittel abgedeckt sind.

Die Bürgermeisterin gibt bekannt, dass sie dann diesbezüglich mit dem zuständigen Landesrat gesprochen hat. Damit das Land diese finanziellen Mittel begleicht, die bisher nicht übernommen wurden, müsste ein eigenes Projekt, d.h. BZ-Antrag, gestellt werden.

TOP. 3.) Genehmigung des Finanzierungsplanes für den Ankauf des Kindergartengebäudes.

Die Bürgermeisterin gibt den Sachverhalt bekannt:

Schreiben der IKD vom 2.4.2013:

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung für den Ankauf des Kindergartengebäudes der Marienschwestern

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Überprüfung Ihres Antrages vom 15.1.2013, Zl. 940-01-2013-Ge, ergibt unsererseits für den Ankauf des Kindergartengebäudes der Marienschwestern folgende Finanzierungsdarstellung: